

Roth, Wolfgang; Mann, Siegfried; Pfeiffer, Alois

Article — Digitized Version

Brauchen wir neue Konjunkturprogramme?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Roth, Wolfgang; Mann, Siegfried; Pfeiffer, Alois (1981) : Brauchen wir neue Konjunkturprogramme?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 2, pp. 59-66

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135525>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Brauchen wir neue Konjunkturprogramme?

Die konjunkturelle Situation sieht trübe aus. Falls sich die Lage – wie zu befürchten ist – weiter verschlechtert, dürfte der Ruf nach neuen Ausgabenprogrammen unüberhörbar werden. Bislang werden derartige Programme von offiziellen Stellen noch abgelehnt. Zur Frage, ob neue Konjunkturprogramme sinnvoll sind, nehmen Wolfgang Roth, MdB, Siegfried Mann, BDI, und Alois Pfeiffer, DGB, Stellung.

Wolfgang Roth

Zusätzliche Impulse des Staates sind notwendig

Offensichtlich gehört die Beantwortung der Frage, ob wir neue Konjunkturprogramme brauchen, zu den großen Kontroversen der deutschen Innenpolitik. Die Fronten sind allenthalben bekannt: die Opposition, die Unternehmerverbände (bei einzelnen Unternehmen und Verbänden sieht das natürlich schon wieder ganz anders aus), Vertreter der Banken und auch die Bundesbank wenden sich strikt gegen zusätzliche staatliche Programme, während insbesondere die Gewerkschaften und Teile der SPD-Fraktion, zu denen ich mich auch selbst zähle, zusätzliche Impulse des Staates für notwendig halten.

Die Bundesregierung, für die zu sprechen ich nicht zuständig bin, ist angesichts der konjunkturellen Entwicklung der letzten Monate nachdenklicher geworden. Nach meinem Eindruck befindet sie sich in einem Denkprozeß, ohne daß heute bereits jemand sagen kann, was dabei herauskommen wird.

Zunächst einige Worte zur konjunkturellen Lage Anfang des Jahres 1981: Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer Rezessionsphase mit unbestimmter Dauer und Tiefe. Die sogenannte „Dellen“-Theorie vom Herbst des vergangenen Jahres steht auf schwachen Beinen. Die schwache Weltkonjunktur schränkt unsere Exportmöglichkeiten weiter ein, die Inlandsbestellungen sind auf einem niedrigeren Niveau als Anfang 1980, die Kapazitäten liegen deutlich unter dem konjunkturellen Normalniveau. Ein rascher Produktionsrückgang führt zu einem weiteren Ansteigen der Lohnstückkosten, was die Investitionsneigung zusätzlich beeinträchtigt. Die Investitionszurückhaltung verstärkt sich durch das restriktive Ausgabenverhalten der Gebietskörperschaften, vor allem der Gemeinden, und natürlich wirken die hohen Kapitalkosten aufgrund des Hochzinsniveaus in die gleiche Richtung. Bei niedrigem Wachstum und einer

noch höheren Produktivitätszunahme sowie einer Zunahme des Erwerbspersonenpotentials müssen wir mit einer dramatischen Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt rechnen.

Niemand kann heute sagen, wann wir die Talsohle erreicht haben. Die Gefahren einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale sind sicherlich heute größer als noch vor einem halben Jahr. Die Tarif-, Geld- und Finanzpolitik sind heute gefordert.

Ich stimme in der Beurteilung des Stellenwerts zusätzlicher öffentlicher Programme mit der Bundesregierung überein. Hans Matthöfer hat in der Einbringungsrede zum Etat 1981 am 23. Februar mit Recht darauf hingewiesen, daß im jetzigen Zeitpunkt zusätzliche globale Ausgabenprogramme nicht der entscheidende Hebel für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung sein können.

Das heißt in meinen Augen natürlich nicht, daß staatliche Ausgabenprogramme von der Bundesregierung überhaupt abgelehnt werden, sondern lediglich, daß der erste strategische Schritt, der in der derzeitigen Wirtschaftslage notwendig ist, nicht von der öffentlichen Hand, sondern woanders getan werden muß: Die Bundesbank kann sich den binnenwirtschaftlichen Erfordernissen nicht länger entziehen und muß die Geldpolitik lockern und eine Zinssenkung anstreben. Ein Prozent Diskontsenkung bedeutet eine Kostenentlastung von 8 Mrd. DM. Natürlich sehe auch ich die außenwirtschaftlichen Probleme, insbesondere diejenigen, die mit der hohen Zinsdifferenz zu den USA und anderen westeuropäischen Staaten zusammenhängen.

Entscheidend ist also zunächst der geldpolitische Hebel, der ange setzt werden muß. Auf der Grundlage dieser geldpolitischen Lockerung müssen wir die übrigen Instrumente lockern.

Nun ist die Frage „Brauchen wir neue Konjunkturprogramme?“ nach den Erfahrungen der 70er Jahre nicht schlicht mit ja oder nein zu beantworten. Wir brauchen mit Sicherheit kein globales Nachfrageprogramm. Was wir brauchen, und zwar heute brauchen, ist ein mittelfristig orientiertes Investitionsprogramm, das die Anpassungsprobleme unserer Wirtschaft erleichtert, indem es ihre Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit verbessert.

Eins ist klar: der Dreh- und Angelpunkt unserer Anpassungsprozesse liegt im Energiebereich. Der entscheidende Lösungsansatz ist kurz- und mittelfristig die Einsparung und Substitution von Energie, in erster Linie die Drosselung unseres Erdölverbrauchs. Daß staat-

liche Anreize und Förderung dabei eine besondere Rolle spielen, ist unbestritten. Gerade angesichts unseres hauptsächlich ölpreisbedingten Leistungsbilanzdefizits ist heute ein Energiesicherungsprogramm notwendig, das kurz-, mittel- und langfristig konsistente Daten setzt.

Kurz- und mittelfristig gilt: Öl muß gespart und substituiert werden im Bereich der Raumheizung (Wärmedämmung, verbesserte Heizkessel und Brennertechnologie) und durch eine stärkere Nutzung von Industrie- und Kraftwerksabwärme (Kraft-Wärme-Koppelung auch in Verbindung mit einem verstärkten Einsatz von Kleinkraftwerken).

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs

Wolfgang Roth, 40, Dipl.-Volkswirt, ist Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion und des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages sowie stellvertretender Vorsitzender der wirtschafts- und finanzpolitischen Kommission beim Parteivorstand der SPD.

Dr. Siegfried Mann, 54, ist Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. in Köln.

Alois Pfeiffer, 56, ist Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf.

Mittelfristig und langfristig gilt: Kohle hat bei der Energiesicherung Vorrang. Nur Kohle kann durch Kohleveredlung und Kohlevergasung Öl nennenswert ersetzen.

Mittel- und langfristig gilt auch: Für die Stromerzeugung, aber auch für die Fernwärme und Prozeßwärmeerzeugung kann auf Kernenergie nicht verzichtet werden.

Für ein Energiesicherungsprogramm am Beginn der 80er Jahre, das uns kurz- und mittelfristig Entlastungen schaffen soll, bedeutet dies:

Fortführung des Energieeinsparungsgesetzes über 1982 hinaus, wobei das Fördervolumen erhöht, die Förderhöchstgrenze überprüft und die Förderkriterien erweitert werden sollten;

beschleunigter Ausbau der Fernwärmeversorgung und gleichzeitige Errichtung von dezentralen Heizkraftwerken mit Kraft-Wärme-Koppelung;

die Gemeinden sollten verpflichtet werden, örtliche Versorgungskonzepte (Energieversorgungspläne) aufzustellen, die sicherstellen, daß die Nutzung des jeweils vernünftigsten Energieträgers zum Zuge kommt;

Ausbau des Programms zur beschleunigten wärmetechnischen Sanierung öffentlicher Gebäude.

Natürlich muß man auch die Möglichkeiten nutzen, die beim Staat selbst für zusätzliche Investitionen bestehen. Hier muß man sich aufgrund der finanziellen Enge beim Staat auf besondere, dringende Bedarfe konzentrieren. Die Wohnungsnot in Ballungsgebieten macht ein Sonderprogramm auf diesem Gebiet unerlässlich. Ein Sonderprogramm im Wohnungsbereich hätte auch den Vorteil,

nach relativ kurzen zeitlichen Verzögerungen wirtschaftlich wirksam zu werden.

Umfassendere Beschäftigungswirkungen sind nur zu erreichen, wenn die privaten Investitionen insgesamt stärker wachsen. In der industriellen Großwirtschaft liegen die Investitionshemmnisse nicht auf dem Gebiet der Finanzierung. Im Gegenteil, fast alle großen Indu-

striekonzerne außerhalb des Stahlbereichs haben erhebliche Schwierigkeiten, ihr angesammeltes Kapital umzusetzen. Anders ist es aber bei den kleinen und mittleren Unternehmen: Die Durchschnittszahlen über die Erträge täuschen über die Finanzierungsprobleme bei den kleinen und mittleren Unternehmen hinweg. Deshalb sind Investitions erleichterungen, die allerdings eng für diesen Unternehmenskreis be-

grenzt werden, ein Thema, das der Politik im Jahr 1981 gestellt ist.

Wer einen zureichenden Beschäftigungseffekt erreichen will, muß dafür sorgen, daß in den nächsten Jahren zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 15 Mrd. DM getätigt werden. Wie wäre dies ohne eine konsequente Wirtschaftspolitik zu bewerkstelligen?

Siegfried Mann

Staatliche Konjunkturprogramme sind nicht problemadäquat

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich – ebenso wie in den meisten übrigen Industriestaaten – die Konjunktur deutlich verschlechtert. Die Aussichten für 1981 sind nicht günstig. Sämtliche Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes sind verletzt. Eine grundlegende Besserung ist nicht absehbar. Das gesamtwirtschaftliche Ergebnis dieses Jahres wird ein bestenfalls stagnierendes reales Sozialprodukt und hohe Arbeitslosigkeit ausweisen. Von einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht – das Leistungsbilanzdefizit ist nach wie vor alarmierend hoch – ist die deutsche Volkswirtschaft noch weit entfernt. Auch die Preisniveaustabilität bedarf der Verbesserung. Es nimmt daher nicht Wunder, daß in der wirtschaftspolitischen Diskussion der Ruf nach einem schnellen und energischen Gegensteuern immer lauter wird. Brauchen wir aber wirklich neue Konjunkturprogramme?

Versteht man unter Konjunkturprogrammen öffentliche Ausga-

benprogramme herkömmlicher Art, so ist diese Frage aus Sicht der Wirtschaft eindeutig zu verneinen. Die herkömmliche nachfrageorientierte antizyklische Konjunkturpolitik hat vor allem deswegen ihre Berechtigung verloren, weil sich die wirtschaftspolitische Problemstellung seit Mitte der 60er Jahre grundlegend gewandelt hat. Der Grundgedanke der antizyklischen Nachfrigesteuerung schien zur Zeit der Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes überzeugend: Sollte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage die Produktionskapazität überfordern, so hätte die öffentliche Hand Ausgabenkürzungen vorzunehmen und Steuereinnahmen stillzulegen. Sollte umgekehrt eine nachlassende Nachfrage die Vollbeschäftigung gefährden, so hätte der Staat durch zusätzliche Ausgaben für eine Ausweitung der Produktion zu sorgen.

Diese Rezepte lassen sich heute nicht mehr anwenden. Seit genau

mer Zeit treten Arbeitslosigkeit und Inflation gleichzeitig auf. Überdies wurde im zurückliegenden Konjunkturaufschwung die Chance vertan, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Damit fehlt es derzeit an dem notwendigen haushaltspolitischen Handlungsspielraum, selbst wenn die Wirtschaftspolitik eine antizyklische Nachfrigesteuerung versuchen wollte.

Entscheidend für die Beurteilung staatlicher Ausgabenprogramme ist die Frage, ob sie an den Ursachen der Problemlage ansetzen. Hier ist eindeutig festzustellen, daß die Gründe für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten primär nicht in einer globalen, zyklischen Nachfrageschwäche liegen, sondern vor allem in erheblichen strukturellen Problemen auf der Angebotsseite der Wirtschaft. Es fehlt nicht an Nachfrage, sondern das Angebot ist zu teuer. Dies spiegelt sich in dem drastisch gestiegenen Leistungsbilanzdefizit der Bundesre-

publik Deutschland wider, in dem sich die teure Ölrechnung und die bedrohlich geschwächte internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die an beträchtlich gestiegenen Halb- und Fertigwarenimporten abzulesen ist, niedergeschlagen haben.

Öffentliche Ausgabenprogramme vermögen diese Probleme nicht an der Wurzel zu packen. Sie verbieten sich außerdem aus einer Reihe von weiteren Gründen:

Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz sieht vor, daß der Staat in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität eine Konjunkturausgleichsrücklage

bildet, die er im Abschwung zur Finanzierung konjunkturstützender Ausgabenprogramme auflöst. Da diese Vorsorge nicht getroffen wurde, müßten zusätzliche öffentliche Ausgaben heute durch eine vermehrte Kreditaufnahme des Staates finanziert werden. Dies würde die ohnehin schon bedrohlich angewachsene öffentliche Verschuldung weiter steigen lassen und die mittelfristig unverändert dringliche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter erschweren. Auch die Bundesregierung ist der Auffassung, daß „besondere konjunkturaneigende Ausgabenprogramme aus derzeitiger Sicht“

nicht in Betracht kommen, „weil sie nur durch eine höhere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes finanziert werden könnten und die Lage der öffentlichen Haushalte erschweren würden“ (Jahreswirtschaftsbericht 1981, Textziffer 14). Zusätzliche Kreditaufnahme des Staates birgt überdies die Gefahr in sich, daß die Zinsen nicht, wie dies konjunkturell notwendig wäre, sinken, sondern steigen und daß dadurch im Ergebnis Wachstum und Beschäftigung nicht gefördert, sondern eher gebremst werden. Die Geldpolitik der Bundesbank wäre unter den gegenwärtigen außenwirtschaftlichen Bedingungen

Zur Frage zusätzlicher Ausgabenprogramme meinte:

Die Deutsche Bundesbank: „Nach den im Sommer letzten Jahres beschlossenen neuerlichen Steuerentlastungen, aber auch in Anbetracht der vor allem durch die hohe Ausgabensteigerung des Jahres 1980 verschlechterten Ausgangslage stellt sich der Finanzpolitik für 1981 noch dringlicher als zuvor die Aufgabe, das Ausgabenwachstum entscheidend zu bremsen. . . Auch wenn die im Verlauf von 1981 erwartete konjunkturelle Erholung sich verzögerte oder relativ schwach ausfiel, sollte das die angestrebte enge Begrenzung des Ausgabenwachstums nicht in Frage stellen. Denn mit höheren staatlichen Ausgaben würde die aus außenwirtschaftlichen Gründen erforderliche Anpassung von Einkommensverteilung und Produktionsstruktur gehemmt. . . Eine weitere Zielsetzung der gegenwärtigen finanzpolitischen Linie, die eine Ausweitung der Staatsdefizite durch be-

sondere Ausgabenprogramme nicht vorsieht, liegt darin, den Spielraum für die private Wirtschaft, insbesondere für die privaten Investitionen, nicht zu verringern. Eine solche Einengung wäre zu befürchten, wenn mit wachsenden Defiziten des Staates dessen Ansprüche an den Kapitalmarkt zunähmen, ohne daß sich das Angebot an Kreditmitteln ausweitete. Es läge dann die Gefahr nahe, daß die Zinsen am Kapitalmarkt steigen – oder zumindest nicht, wie sonst vielleicht zu erwarten, sinken –, so daß die privaten, zinsempfindlichen Geldnehmer zurückgedrängt würden. Dies würde die private Investitionstätigkeit dämpfen, während das Gegenteil angezeigt wäre. Die Geldpolitik hat unter den gegenwärtigen Bedingungen kaum Möglichkeiten, durch Bereitstellung von mehr und billigerem Zentralbankgeld diesen Zwangsläufigkeiten entgegenzuwirken, denn sie hat gleichzeitig

die möglichen außenwirtschaftlichen Konsequenzen einer solchen Politik im Auge zu behalten. Solange die Zinsdifferenz zum Ausland groß ist, bestünden diese in der Gefahr von Kapitalabflüssen ins Ausland und in einer Verstärkung der Abwertungstendenz der D-Mark. Beides wäre nachteilig, sowohl für die Finanzierung des Zahlungsbilanzdefizits als auch für die Preisstabilität im Inland, und würde überdies vermutlich alsbald selbst einen neuerlichen Zinsanstieg auf den Märkten auslösen.“ (Monatsbericht Januar 1981)

Die Bundesregierung: „In der Haushaltspolitik kommt es wesentlich darauf an, über eine Begrenzung der öffentlichen Ausgaben mittelfristig die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand zurückzuführen. Dies gilt sowohl für den Bund als auch für die Länder und Gemeinden. Bei der Verwirkli-

kaum in der Lage, einem steigenden Zinstrend entgegenzuwirken.

Öffentliche Ausgabenprogramme wären in der gegenwärtigen Lage eher geeignet, die dringend notwendigen Strukturanpassungsprozesse zu hemmen, als sie zu fördern. Vor allem können sie die strukturellen Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt nicht beheben. Denn der Arbeitsmarkt ist dadurch gekennzeichnet, daß einer wachsenden Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitnehmern, insbesondere Facharbeitern, ein großer Block von Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung

gegenübersteht, der mehr als die Hälfte der Arbeitslosen insgesamt ausmacht.

Wenn staatliche Konjunkturprogramme also nicht problemadäquat sind, wie muß dann die wirtschaftspolitische Therapie aussehen? Sie muß an den Ursachen der strukturellen Probleme ansetzen, mit denen die deutsche Wirtschaft zu kämpfen hat. Ihre wesentliche Aufgabe ist daher, sowohl die Wettbewerbsfähigkeit und die Produktivität der Unternehmen zu stärken als auch die deutsche Volkswirtschaft von teuren Energieimporten nachhaltig zu entlasten.

Diese beiden strategischen Ansatzpunkte sind der Kern dessen, was der BDI unter einer Wirtschaftspolitik zur Verbesserung der Angebotsbedingungen und zur Stärkung der Wachstumsgrundlagen versteht. Die Schlüsselrolle in diesem Konzept spielen die Innovationen und Investitionen der privaten Wirtschaft. Hier sind zunächst einmal die Unternehmen selbst gefordert. Sie müssen ihr Angebot bereinigen und erweitern. Dazu drängen vor allem die hohen Kosten des Standorts Bundesrepublik Deutschland im internationalen Wettbewerb. Die Angebotspalette der deutschen Exportindustrie muß

chung dieser Zielsetzung muß auf die aktuelle Konjunktorentwicklung Rücksicht genommen werden. Daraus ergibt sich aus derzeitiger Sicht:

a) Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte sollten entsprechend den Beschlüssen des Finanzplanungsrates 1981 begrenzt und in der mittelfristigen Finanzplanung sollte die Ausgabensteigerung unterhalb des durchschnittlichen nominalen Anstiegs des Bruttosozialprodukts gehalten werden. Wegen der abgeschwächten gesamtwirtschaftlichen Aktivität ist es jedoch zur Nachfragestabilisierung geboten, eine höhere Neuverschuldung insoweit hinzunehmen, als es im Jahre 1981 zu weiteren konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen kommt. Außerdem sollten notwendige Sparmaßnahmen soweit wie möglich nicht bei den investierten Ausgaben ansetzen.

b) Mit den für 1981 beschlossenen steuerlichen Entlastungsmaßnahmen werden bereits spürbare Impulse für Investitionen und Kon-

sum gegeben. Auch von dem Programm für Zukunftsinvestitionen sind nach Verlängerung der Vergabefrist für 1981 noch Aufträge in Milliardenhöhe zu erwarten. Besondere konjunkturaneigende Ausgabenprogramme sollten aus derzeitiger Sicht nicht in Betracht gezogen werden, weil sie nur durch eine höhere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes finanziert werden könnten und die Lage der öffentlichen Haushalte erschweren würden.

c) Angesichts des nach wie vor hohen öffentlichen Kreditbedarfs kommt es auch weiterhin darauf an, die Anforderungen der öffentlichen Hand an die Kreditmärkte so zu koordinieren, daß eine Überforderung der Märkte vermieden wird.“

(Jahreswirtschaftsbericht 1981)

Finanzminister Hans Matthöfer: „Aus heutiger Sicht halte ich es nicht für angebracht, neue zusätzliche Ausgabenprogramme zu beschließen. Sie können nicht die wirtschaftlichen Probleme lösen, vor denen wir stehen. Dabei will

ich gar nicht erst die Frage diskutieren, ob die durch derartige Programme entstehende Nachfrage mit einer genügenden Effizienz ohne Umfinanzierungen und Preiserhöhungen konjunkturgerecht, das heißt entsprechend den unterausgelasteten Kapazitäten, in den entsprechenden Regionen und Wirtschaftszweigen gesteuert werden kann.

Es ist für mich auch nicht vorrangig entscheidend, daß derartige Programme die Manövrierfähigkeit künftiger Haushalte weiter einengen. Entscheidend ist, daß eine Analyse der wirtschaftlichen Lage, der vor uns liegenden Wachstumsprobleme und der Zusammenhänge von Ölverteuerung, außenwirtschaftlichem Ungleichgewicht und Geld- und Zinspolitik zu dem Ergebnis führt, daß im jetzigen Zeitpunkt zusätzliche öffentliche Ausgabenprogramme nicht der entscheidende Hebel für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung sein können.“

(Einbringungsrede des Haushaltsgesetzes 1981 vor dem Deutschen Bundestag)

zum inländischen Kostenniveau passen, d. h. mehr Produkte höchsten ökonomischen und technischen Standards mit vergleichsweise niedriger Preiselastizität der Nachfrage müssen hergestellt und weltweit angeboten werden.

Die Wirtschaftspolitik muß den Unternehmen dabei Flankenschutz geben. Der Staat kann und muß beweisen, daß er trotz eines geschwundenen finanzpolitischen Handlungsspielraums seine wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit nicht verloren hat, indem er entscheidende Weichen zum Abbau jener Hemmnisse stellt, durch die ein Investitionspotential in Höhe vieler Milliarden DM blockiert wird. Allein im Kraftwerksbau, in der Bauwirtschaft und im gesamten Bereich der Kommunikationstechnik könnte ein beträchtliches Investitionsvolumen ohne weitere Verzögerung realisiert werden, wenn nur die gesetzlichen und administrativen Hindernisse, die seiner Verwirklichung seit Jahren im Weg stehen, beseitigt würden. Der erneuten Ankündigung der Bundesrepublik im Jahreswirtschaftsbericht, „noch bestehende Hemmnisse für Innovation und Investitionen soweit wie möglich abzubauen“ (Textziffer 12), müssen endlich Taten folgen.

Steuerliche Entlastungen

Die staatliche Wirtschaftspolitik muß aber weitere positive Signale setzen. Die im Jahreswirtschaftsbericht zu Recht getroffene Absage an staatliche Konjunkturprogramme bietet keine ausreichenden Perspektiven für die notwendige Umkehr in der Wirtschaftspolitik. „Wichtiger als kurzfristige Reaktionen und Erleichterungen sind für den Wachstumsprozeß verlässliche langfristige Grundlinien der Wirtschaftspolitik. Deswegen ist eine auf mittelfristige Verstärkung an-

gelegte Politik notwendig“ (Jahreswirtschaftsbericht, Textziffer 11).

Dieses klare Bekenntnis der Bundesregierung zu der vom BDI seit je geforderten Strategie ist nachdrücklich zu unterstreichen. Allerdings fehlen nach wie vor eindeutig formulierte Prioritäten, die deutlich die Zielrichtung signalisieren. Unter Berücksichtigung des reduzierten Spielraums der Bundesregierung ist daher ein ausgewogenes, schrittweise zu realisierendes mittelfristiges Konzept steuerlicher Entlastung der Unternehmen zur Verbesserung ihrer Kostenstruktur im internationalen Wettbewerb zu entwickeln. Der BDI hat dazu wiederholt Vorschläge unterbreitet.

Schon die verbindliche Ankündigung eines solchen Konzepts und ein erster maßvoller Realisierungsschritt würde als Zeichen ernstgemeinter Politik die Investitionsbereitschaft stärken. Die Forderung nach steuerlicher Entlastung der Unternehmen ist keineswegs Ausdruck eines egoistischen Gruppeninteresses, sondern zielt auf eine nachhaltige Stärkung der Investitionstätigkeit, deren arbeitsplatzschaffende Wirkung im elementaren gesamtwirtschaftlichen Interesse liegt.

Die deutsche Industrie kann ihre Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit nur dann auf Dauer verbessern, wenn sie in der Lage ist, den technischen Fortschritt konsequent voranzutreiben und in neue Verfahren und Produkte umzusetzen. Dies setzt zum einen voraus, daß in der Öffentlichkeit Vorbehalte gegen den technischen Wandel abgebaut werden, und verlangt auf der anderen Seite von den Unternehmen, eigene teure Entwicklungsarbeit zu leisten, die allerdings hohe Risiken birgt. Daher ist der Staat gefordert, durch eine

adäquate Politik zur Förderung von Forschung und Innovation die Unternehmen in dieser richtungsweisenden Aufgabe zu unterstützen.

Umstrukturierungsprozeß der öffentlichen Haushalte

Wachstumspolitisch effizienter als kurzatmige Ausgabenprogramme – selbst wenn sie investiv angelegt wären – ist es, die Investitionsausgaben des Staates auf Dauer zu erhöhen und zu verstetigen. Hier muß ein nachhaltiger Umstrukturierungsprozeß der öffentlichen Haushalte zu Lasten der konsumtiven Ausgabenblöcke eingeleitet werden. Trotz des Bekenntnisses der Bundesregierung, notwendige Sparmaßnahmen sollten „soweit wie möglich nicht bei den investiven Ausgaben ansetzen“ (Jahreswirtschaftsbericht, Textziffer 14), zeigt die mittelfristige Finanzplanung des Bundes leider das Gegenteil: Die Investitionsausgaben werden bis 1984 nominal nur geringfügig wachsen, real und in ihrem Anteil an den Gesamtausgaben also sinken.

Auch die Tarifvertragsparteien dürfen aus ihrer besonderen Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung nicht entlassen werden. Zu Beginn eines Jahres, in dem es größter Anstrengungen bedürfen wird, um wenigstens eine reale Schrumpfung des Sozialprodukts zu verhindern, wäre es verhängnisvoll, wenn die Lohnpolitik mehr verteilen wollte, als tatsächlich erwirtschaftet werden kann. Äußerste Zurückhaltung bei den Tariflohnzuwächsen ist daher notwendiger denn je, nicht nur in der gegenwärtig laufenden Tarifrunde, sondern auch in den folgenden Jahren.

Die wirtschaftspolitische Strategie zur Behebung der strukturellen Leistungsschwäche der deutschen Wirtschaft stellt schließlich der

Energiepolitik essentielle Aufgaben. Der dringend notwendige energiewirtschaftliche Strukturwandel steht unter dem doppelten Vorzeichen der rationellen und sparsamen Nutzung aller Energien sowie der Substitution des Öls mit seinen hohen Risiken durch alle zur Verfügung stehenden Alternativen. Dabei sind die vervielfachten Energiepreise nicht nur eine bedrohliche Kostenbelastung der Wirtschaft. Sie eröffnen durch den Zwang zu Einsparungs- und Um-

stellungsinvestitionen, die die Realisierung neuester Technologien erforderlich machen, zugleich auch neue Wachstumsfelder.

Die Anstrengungen der Wirtschaft, das geschärfte Energiebewußtsein der Verbraucher, Sparprogramme und die Förderung der Substitution durch den Staat waren schon bisher nicht ohne Erfolg. Weitere Einsparungen und Substitutionen sind in der Zukunft möglich. Allerdings können sie die Ab-

hängigkeit vom Öl nicht entscheidend verringern. Das kann auf mittlere Sicht nur die Kernenergie.

Die Anpassung der deutschen Volkswirtschaft an die geänderte Energielage erfordert gewaltige Investitionsanstrengungen. Das ist eine Aufgabe, die heute noch bei gleichzeitiger Wahrung unseres Wohlstands angepackt werden kann. Ein Hinauszögern würde von allen immer größere Opfer verlangen.

Alois Pfeiffer

Für ein langfristig orientiertes Investitionsprogramm

Die Antwort auf die Frage, ob wir neue Konjunkturprogramme brauchen oder nicht brauchen, ist unmittelbar verbunden mit der Frage, ob wirtschaftspolitische Aktivitäten ausschließlich als konjunkturpolitische Aktivitäten begriffen werden, oder ob Konjunkturpolitik nur als eines der vielen Aktionsfelder staatlicher Politik verstanden wird und wirtschaftspolitische Aktionsfelder auch außerhalb der Konjunkturpolitik gesehen werden. Wäre Konjunkturpolitik wirklich das einzige Aktionsfeld staatlicher Wirtschaftspolitik, dann sollten wir, um Mißverständnisse zu vermeiden, auch nur noch von Konjunkturpolitik sprechen und unsere Wirtschaftsminister in Konjunkturminister umbenennen. In den deutschen Gewerkschaften überwiegt jedoch eindeutig die Auffassung, daß Wirtschaftspolitik nicht nur aus Konjunkturpolitik besteht und daß

es neben der klassischen Konjunkturpolitik eine Vielzahl wirtschaftspolitischer Aktionsfelder gibt. Unsere Aufforderung an den Staat, wirtschaftspolitisch zu handeln, ist daher nicht gleichbedeutend mit der Aufforderung, klassische Konjunkturpolitik zu betreiben.

Die konkrete Frage, ob wir im gegenwärtigen Zeitpunkt spezielle Konjunkturprogramme brauchen, möchte ich deshalb mit einem klaren Nein beantworten, wenn man unter Konjunkturprogrammen kurzfristige Ausgabenprogramme des Staates zur Wiederbelebung privatwirtschaftlicher Aktivitäten versteht. Solche Programme, die auf Kosten staatlicher Schuldenaufnahme öffentliche Mittel in die Privatwirtschaft umleiten, würden unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen mehr öffentliche Mittel langfristig in Form öffentlicher Zinslasten binden als sie kurzfristig

beschäftigungspolitisch wirken können; eine solche Mittelverwendung muß daher als wenig effektiv und deshalb als falsch angesehen werden.

Ausräumung von Mißverständnissen

Noch falscher wäre aber zweifellos der Umkehrschluß, daß der Staat im gegenwärtigen Zeitpunkt steigender Arbeitslosigkeit wirtschaftspolitisch nicht gefordert wäre. Wer angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf leugnet, erklärt den Bankrott unseres sozialverpflichteten Gesellschaftssystems. Eine wirtschaftspolitische Diskussion, die nur ein Ja oder Nein zu Konjunkturprogrammen zuläßt, läuft Gefahr, Scheinalternativen aufzubauen, die in eine ausweglose Sackgasse führen müssen.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse fordert der DGB keine neuen Konjunkturprogramme, wohl aber staatliche Aktivitäten, die langfristig an der Sicherung unseres Energiebedarfs und der Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Bevölkerung orientiert, in mittelfristige Programmabschnitte zerlegt, kurzfristig schon in diesem Jahr zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit beitragen können. Auch zum Verständnis dieser unbestritten konkreten Aufgaben ist aber offensichtlich die Ausräumung weiterer Mißverständnisse notwendig.

Wirtschaftspolitische Aufgaben

Wirtschaften bedeutet für uns nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit den auf dem Markt erwerblichen Konsumgütern und auch nicht nur die wirtschaftspolitische Gestaltung der Rahmenbedingungen dieser Marktgüterproduktion, sondern auch die unmittelbare Gestaltung der nicht konsumtiven Lebensbedingungen der Bevölkerung durch den Staat. Dazu gehören neben den klassischen ordnungs- und sicherheitspolitischen Aufgaben öffentliche Versorgungs- und Entsorgungsfunktionen ebenso wie kulturelle und soziale Leistungen. Der moderne Staat ist nach unserer Überzeugung eben nicht nur der Verwaltungs- und Reparaturbetrieb der Privatwirtschaft. Dies ist er auch, und dies muß er sein, denn auch die privatwirtschaftliche Güterproduktion ist, unabhängig von ihrer unbestrittenen Effektivität, keineswegs so vollkommen, daß sie auf staatliche Reparaturleistungen verzichten könnte. In diesem Sinn sind die öffentlichen Aufwendungen als ein Kostenfaktor der Privatwirtschaft allerdings möglichst niedrig zu halten.

Dies gilt aber nicht für die eigent-

lichen Aufgaben des modernen Staates, die Bevölkerung unmittelbar mit allen nicht konsumtiven Leistungen zu versorgen, die den sozialen Standard einer hochentwickelten Industrienation kennzeichnen. Auch diese staatlichen Leistungen sind wirtschaftlicher Natur, erfordern den Einsatz wirtschaftlicher Ressourcen, die sich in bezahlten Arbeitsstunden und verbrauchten Kapitalgütern statistisch messen lassen.

Diese, zweifellos mehr wirtschaftsphilosophischen Bemerkungen erschienen mir notwendig, weil ich in allen wirtschaftspolitischen Diskussionen der jüngsten Zeit immer wieder erfahren mußte, daß die Einengung staatlicher Aktivitäten auf konjunkturelle oder auch auf strukturelle Reparaturleistungen für die Privatwirtschaft die Frage nach dem Sinn staatlicher Aktivitäten in einem völlig anderen Licht erscheinen lassen.

Langfristiges Investitionsprogramm

Den Wert vermehrter staatlicher Reparaturleistungen für die Privatwirtschaft kann man zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu Recht in Frage stellen. Den Wert unmittelbarer staatlicher Leistungen zur langfristigen Energiesicherung, zur Verbesserung der Wohnungs- und Wohnumfeldbedingungen, zur langfristigen Wasserversorgung sowie zur Abwässer- und Müllentsorgung, zur Entschärfung der Verkehrsprobleme und der Verbesserung der Bildung und Berufsbildung kann man jedoch ernsthaft nicht in Zweifel ziehen. Gerade in einer Phase abgeschwächten Wachstums der privaten Konsumgüterproduktion gewinnt bei gleichzeitig freien Ressourcen auf dem Arbeitsmarkt diese staatliche Versorgungsfunktion zusätzlich an Bedeutung.

Natürlich können diese Aufgaben nicht alle auf einmal schon in diesem Jahr gelöst werden. Mit der Lösung aber muß gerade in diesem Jahr begonnen werden. Diese Aufgaben erfordern daher ein langfristig orientiertes Investitionsprogramm, das die verfügbaren Mittel, über mehrere Jahre verteilt, richtig strukturiert einsetzt. Um alle Mißverständnisse auszuschließen, sollte man aber ein derartiges langfristiges Versorgungsprogramm auch dann nicht als Konjunkturprogramm bezeichnen, wenn es zum gegenwärtigen Zeitpunkt eingesetzt, positive konjunkturelle Effekte erwarten läßt.

Konjunkturwidrige Hochzinspolitik

Zur unmittelbaren Lösung der vor uns stehenden konjunkturellen Aufgabe gehört aber zweitens eine passende Geldpolitik. Es ist unbestreitbar ein logischer Widerspruch, gleichzeitig geldpolitisch – aus welchen übergeordneten nationalen oder internationalen Gründen auch immer – zu bremsen und fiskalpolitisch Gas geben zu wollen. Ohne eine den konjunkturpolitischen Erfordernissen angepaßte Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank sind die konjunkturpolitischen Aufgaben der Gegenwart nicht zu lösen. Wenn es wirklich stimmt, daß außenwirtschaftliche Zwänge wie die Hochzinspolitik der englischen und amerikanischen Notenbanken die Deutsche Bundesbank zu einer konjunkturwidrigen Hochzinspolitik zwingen, so müßte ernsthaft darüber nachgedacht werden, wie wir die Rahmenbedingungen der Notenbankpolitik ändern könnten, um diese Zwänge aufzuheben. Denn zweifellos ist jeder Staat überfordert, gegen einen restriktiven geldpolitischen Kurs der Bundesbank Vollbeschäftigung gewährleisten zu wollen.